

„Energiesstrategie fehlt noch immer“

Expertin Claudia Kemfert fordert von Bundesregierung und Wirtschaft Konzepte für eine Wende

Claudia Kemfert, Energieexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, ist mit der energiepolitischen Bilanz der Bundesregierung unzufrieden. Im Gespräch mit Andreas D. Becker erklärt die gebürtige Delmenhorsterin, warum.

Sie waren als Beraterin von EU-Kommissionspräsident Barroso beim Klimagipfel in Kopenhagen. Warum ist die Konferenz gescheitert?

Claudia Kemfert: Die Zeichen standen wirklich sehr gut, zumindest eine Einigung über die Grundlagen des globalen Klimaschutzabkommens zu erzielen. Aber leider ist der Gipfel gescheitert, denn die Konferenz war völlig überfrachtet. Um weitere Desaster zu vermeiden, sollte man solche Konferenzen entschlacken und zerteilen. Klimaschutz, bei dem man sich verbindlich auf Treibhausgasreduzierungen festlegt, sollte künftig im Rahmen der G20 stattfinden. Die Anpassung an den Klimawandel sollte weiter im UN-Rahmen bleiben.

Kann Klimaschutz nicht nur funktionieren, wenn auch die Entwicklungsländer mit im Boot sitzen?

Ja, sicher. Aber die Entwicklungsländer sind nicht die Verursacher, sondern die Leidtragenden des Klimawandels. Die Entwicklungsländer fordern zu Recht Unterstützung für die Anpassung an den Klimawandel sowie Entschädigungszahlungen. Und das sollte man wie bisher im UN-Rahmen regeln.

War das Scheitern nicht zu erwarten?

Nicht unbedingt. Ich war bereits im Vorfeld insbesondere bei den Beratungen des EU-Präsidenten mit der chinesischen und indischen Delegation involviert. Da waren die Zeichen recht positiv. In Kopenhagen zeigte sich dann aber sehr deutlich, dass man verbindliche Treibhausgasreduzierungen seitens der verursachenden G20-Staaten trennen muss von den Forderungen der Entwicklungsländer.

Seit rund 100 Tagen ist die neue Regierung im Amt. Wie lautet Ihr Urteil?

Mäßig, mir fehlt noch immer eine Energiestrategie. Beide Parteien stehen zwar weiterhin für die Förderung erneuerbarer Energien und nehmen Klimaschutz sehr ernst. Der einzige Unterschied zur Vorgängerregierung ist bisher nur die Bewertung der Kernenergie, also die Laufzeitverlängerung. Allerdings ist noch nicht klar, wie man die Energiewende schaffen will, also wie man den Umstieg weg von fossiler Energie hin zu einer CO₂-freien, sicheren und bezahlbaren Energie schaffen will.

Ist die Verlängerung der Laufzeit alter Atomkraftwerke aus Ihrer Sicht ökonomisch sinnvoll?

Man darf die Rolle der Kernenergie immer nur im Kontext der gesamten Energieversorgung bewerten: Derzeit wird in Deutschland der Großteil des Stroms, rund 50 Prozent, mit Kohlekraftwerken erzeugt, circa 17 Prozent mit erneuerbaren Energien, etwa 23 Prozent mit Kernenergie und der Rest aus Gaskraftwerken. In den kommenden zehn Jahren geht aus Altersgründen ungefähr die Hälfte der alten Kohlekraftwerke vom Netz. Wenn man die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht verlängert, wird man viele Kohlekraftwerke neu bauen, die sehr viele klimafähliche Treibhausgase produzieren. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass – wenn die Laufzeiten verlängert werden – wir keine neuen Kohlekraftwerke brauchen. Eine Laufzeitverlängerung der sicheren Kernkraftwerke macht nur Sinn, wenn man gleichzeitig einen Großteil der Zusatzgewinne für den



Claudia Kemfert berät auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. FOTO: INGO MÖLLERS

Ausbau der erneuerbaren Energien, der Infrastruktur und die Erforschung innovativer Energie- und Mobilitätstechniken einsetzt. Allerdings muss das Geld direkt investiert werden und darf nicht im Staatshaushalt zur Tilgung von Schulden versickern.

Richtig konsequent scheint das Bekenntnis der Stromproduzenten zu erneuerbaren Energien noch nicht zu sein.

Die großen Konzerne haben sich in der Vergangenheit bestimmt nicht als Freunde der erneuerbaren Energien geoutet. Sie haben wenig in die dezentralen Anlagen der erneuerbaren Energien investiert, zudem haben sie den wichtigen Netzausbau nicht geleistet. Der Netzausbau ist jedoch notwendig, um die erneuerbaren Energien voranzubringen. Daher werden die erneuerbaren Energien hauptsächlich von mittelständischen Firmen produziert. Mittlerweile werden die erneuerbaren Energien aber auch für die großen Energiekonzerne und Großinvestoren attraktiv, wie Infrastrukturprojekte wie Desertec oder Seatec zeigen, die erneuerbare Energien wie Solarenergie aus Afrika oder Wind- und Wasserstrom aus Nordeuropa miteinander verbinden sollen.

Sie fordern immer wieder höhere Energiepreise – muss der Leidensdruck größer werden, um die Wende einzuleiten?

Wichtig ist, dass die Politik die Weichen hin

zu einer energieeffizienten, nachhaltigen und klimaschonenden Wirtschaftswelt ebnet. Die erneuerbaren Energien müssen weiterhin gefördert werden, es sollten finanzielle Anreize zum Energiesparen geschaffen werden. Insbesondere im Gebäudereich liegen ungeahnte Energieeinsparpotenziale. Durch gezielte finanzielle Förderung, Steuerersparnisse und verbesserte Möglichkeiten der Kostenüberwälzung für Immobilienbesitzer können hier die richtigen Signale gesetzt werden. Auch im Bereich Mobilität gibt es viel zu verbessern: Schienenverkehr und ÖPNV müssen stark unterstützt werden, der Flugverkehr in den Emissionshandel aufgenommen werden, und die deutsche Autobranche muss zukunftsfähig gemacht werden.

Die Autobranche in Deutschland hat den Trend weg vom Öl verschlafen. Wird sich das aus Ihrer Sicht noch rächen?

Der Automarkt hat viele Probleme. Zum einen gibt es weltweit noch immer viele Überkapazitäten, nur die Besten werden überleben. Zum anderen benötigen wir neue spritsparende Fahrzeuge und neue Antriebstechniken, die kein Benzin mehr brauchen. So lange Benzin vergleichsweise billig und in vielen Ländern durch Subventionen künstlich billig gehalten wird, kann man die Wende kaum schaffen. Ich hoffe, dass für die deutsche Autobranche der Weckruf laut genug war. Mittlerweile haben einige der deutschen Autobauer verstanden, dass

klimaschonenden Fahrzeugen die Zukunft gehört.

Welche Rolle spielen für Sie die anderen großen Industrien wie Metall, Chemie, Pharma?

Eine große, denn vor allem die Chemiebranche nimmt eine zentrale Rolle ein – sie muss ja Alternativen zum Erdöl erforschen und an den Markt bringen. Für die Herstellung von unglaublich vielen Produkten, angefangen von Plastik über Pharmazie bis hin zur Kosmetik, wird Öl verwendet. Bis vor Kurzem hat sich die Branche zwar noch vehement gegen Klimaschutz gewehrt, doch mittlerweile hat sich auch hier das Bild komplett gedreht.

Sind erneuerbare Energien immer noch ein Standortvorteil für Deutschland oder haben andere Länder uns auf diesem Sektor bereits eingeholt?

Die Konkurrenz insbesondere aus China und den USA schläft zwar nicht, aber wir sind noch immer im Bereich der erneuerbaren Energien weltweit führend. Der Wettbewerbsvorteil für die deutsche Wirtschaft besteht aber auch in der klassischen Kraftwerkstechnik und Energieeffizienz sowie Recycling und Wasseraufbereitung. Die deutsche Wirtschaft kann wie keine andere vom Boom der Branchen der erneuerbaren Energien profitieren, aber auch durch den Ausbau der Energieeffizienz, innovativer Kraftwerkstechnologien und Antriebstechnologien, außerdem in den klassischen Umweltschutzbranchen wie Müllverarbeitung, Recycling und Wasseraufbereitung weiterhin Weltmarktpotenziale ausbauen. Bis zu einer Million zusätzliche Arbeitsplätze sind in diesen Bereichen in den kommenden zehn Jahren möglich.

Wir haben bisher nur über die großen Firmen und die Bundesregierung gesprochen. Aber welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht die Bürger?

Eine große, denn jeder Bürger kann durch gezielte Kaufentscheidungen den Markt bestimmen. Wenn alle Bürger ab heute Ökostrom kaufen würden, müssten sie nicht gegen Atom- und Kohlekraftwerke auf die Straße gehen. Mir ist es ein Bedürfnis, den Menschen die komplexen Sachverhalte zum Thema Energie und Klimaschutz zu erklären, daher habe ich die Bücher geschrieben.

Und welche Rolle spielen die Kommunen?

Ebenfalls eine große. Im Gegensatz zu manch anderen Marktökonom bin ich nicht der Meinung, dass man nur auf globale Lösungen warten, sondern sofort und vor Ort beginnen sollte. Die Kommunen haben hier eine zentrale Aufgabe. Es gibt bereits Kommunen, die sich mit Strom und Wärme versorgen, die komplett dezentral und klimaschonend erzeugt sind, und nachhaltige Mobilitätskonzepte aus Eigeninitiative zwischen Bürgern, lokalen Unternehmen und Kommunalpolitikern umsetzen. Ohne die Kommunen kann die Wende nicht geschafft werden.

Zur Person: Claudia Kemfert, 1968 in Delmenhorst geboren, leitet am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt, zudem ist sie Professor of Energy Economics and Sustainability an der Hertie School of Governance in Berlin. Sie berät Unternehmen und Politiker, den EU-Präsidenten José Manuel Barroso, die Weltbank und die Vereinten Nationen. 2009 erschien ihr neuestes Buch „Jetzt die Krise nutzen“ im Murmann-Verlag Hamburg. Claudia Kemfert ist verheiratet und lebt in Berlin und Oldenburg.